

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstagen: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 12. Dezember 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M., die längste Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 144

Bekanntmachung

Der Bezugspreis für den „Korrespondent“ im ersten Vierteljahre 1923

Die riesige Steigerung der Papierpreise sowie auch die ständig wachsenden Kosten für Herstellung, Versand, usw. machen eine Erhöhung des Bezugspreises für den „Korr.“ vom 1. Januar 1923 an auf **75 Mark für das Vierteljahr**

notwendig. Davon vergütet die Verbandskasse auf jedes abonnierte Exemplar 60 M., in der Weise, daß die Postabnahme bei der Beitragszahlung mit 60 M. (bei zweimonatlichem Bezuge mit 40 M., bei einmonatlichem Bezuge mit 20 M.) an Geldes Statt in Zahlung genommen wird. Die restliche Summe haben die Bezüher selbst zu fragen.

Berlin, den 5. Dezember 1922.

Der Vorstandsvorstand:

Es ist keine angenehme Aufgabe, in dieser werden der Folge den Mitgliedern die Notwendigkeit erhöhten Leistungen für die Organisation begründlich zu machen. In monatlichen Zusammenkünften Beitragssteigerungen, mit denen allerdings auch höhere Gegenleistungen des Verbandes parallel gehen. Dann das Gebot materieller, internationaler Solidarität, auf das die deutsche Kollegenchaft von jeher in bester Weise reagiert hat und die nun für die gegen bedeutende tarifliche Verschlechterungen kämpfende Schweizer Kollegen wieder lebendige Erneuerung finden soll; jedenfalls kommt eine mehrmalige Behandlung der Dpplerwilligkeit mit den geforderten 100 M. nicht in Betracht. Nun wird auch noch für den „Korrespondent“ das Erfordernis größerer materieller Verpflichtung der Abonnenten betont.

Am 27. und 28. November hat die dritte Ausschußsitzung des VDBD in diesem Jahre stattgefunden. Es herrschte Übereinstimmung unter den Gewerkschaftsvorständen, daß die Gewerkschaftspresse jetzt für die Schulung der Mitglieder, für die Aufrechterhaltung des gewerkschaftlichen Strebens wie für den Zusammenhalt der Berufs- und Klassenverbände notwendigere als je sei. Die Verbände sollten also nicht dazu übergehen, in Anbetracht der sehr gestiegenen Herstellungskosten die Erscheinungsweise ihrer Blätter zu verringern. Für die vom VDBD herausgegebenen Organe wurden Einschränkungen sofort abgelehnt. Dieser Standpunkt ist richtig, obwohl parasitäres Wirtschaften jetzt für die Gewerkschaften Gebot ist. Kämen nicht die großen idealen und organisatorischen Gesichtspunkte in Betracht, könnte es den Gewerkschaften verfallen nur recht sein, wenn nicht nur Einschränkungen aller Art, sondern auch größerer Rückgang der Bezüher eintreten würde. Heutzutage, wo das Papier im strengsten Organesatz zu früher der ausschlaggebende Kostenpunkt ist, hat ein Verlag über steigende Auflagenziffern nur Kopfschmerzen, während früher die Freude groß war.

Die Schwindsucht der Presse

Die schleichende Krankheit der Presse, die schon geraume Zeit andauert, geht mit Riesenschritten ihrer Kräfte entgegen. Von ihrem Verlaufe hängt Sein oder Nichtsein der sogenannten lebenden Brodmacht ab. Als Buchdrucker haben wir natürlich ein besonderes Interesse an diesem Krankheitsverlaufe, weil wir genau wissen, wie viel für unsere Existenzmöglichkeit vom Leben oder Sterben der Presse abhängt. Was nützt eine noch so energische Verwahrung gegen die Einschätzung unseres Gewerbes als „Lurusgewerbe“, wenn wir tagtäglich mit eigenen Augen sehen müssen, wie befeuert in allen Bevölkerungsklassen in erster Linie an Druckfachen geparkt wird, gleichgültig ob Bücher, Zeitungen oder andre Erzeugnisse der Druckerpresse in Betracht kommen. Man betrachtet eben diese Erzeugnisse als entbehrlich, wenn andre zum Leben notwendige Dinge kaum noch erschwingliche An-

forderungen an den Geldbeutel stellen. In den gegenwärtigen schlimmen Zeiten hat eben das heilsame Wort von Suppenkocht mit Knädelgründen erhöhte Bedeutung. Das hinduzierte Großkapital benutzt mit Vorliebe solche Zeiten, um in jeder Beziehung aus Ganze zu geben. Es soll in diesem Zusammenhange lediglich von der kapitalistischen Preistreibeerei auf dem Papiermarkt die Rede sein. Vom Papierkongress ist nämlich für die Monate Dezember, Januar und Februar eine Steigerung von je 100 Prozen des Papierpreises angekündigt worden. Infolgedessen kostet seit dem 1. Dezember bereits das *Sillo* Zeitungspapier 445 M. oder ein Wagon = 10000 kg 4450000 M. Einem unerschämteren Raubzug hat noch keine Industriellen-gruppe auf die Taschen des Volkes unternommen als die Papier- und Zellstoffabrikanten. Mit dem angeführten Dezemberpreise für Zeitungsdrukpapier steht dieser nach Abzug aller Rückvergütungen über dem Zweitaufendfachen der Vorkriegszeit! Dazu kommen noch drückende Preis-

Das Obligatorium der Gewerkschaftsblätter nötigt zwar zu einer andern Beurteilung, ob es aber unter den obwaltenden Umständen aufrechterhalten werden kann, erscheint uns noch zweifelhaft. Für den „Korr.“ ist in erster Linie wegen seines dreimaligen Erscheinens das Abonnement beibehalten worden. Wir können jetzt froh sein, daß auch die Leipziger Generalversammlung bzw. die nachdem stattgehabte Generalversammlung hierin keine Änderung eintreten lassen; wir wären bei den ungeheuren Papierpreisen nur in die Gaskasse geraten.

Die am 1. Oktober eingetretene Erhöhung des Bezugspreises von 3 auf 36 M. bedeutete für die Mitglieder des Verbandes nur Verdoppelung des Abonnementspreises. Für 6 M. im Vierteljahr erhielten sie nun 39 Nummern ihres Organs frei ins Haus oder in die Druckerei. Nichtmitglieder hatten allerdings 36 M. zu bezahlen, was auch sehr gering ist, kostet doch die nur zweimal wöchentlich erscheinende „Zeitschrift“ vierteljährlich 300 M. und ein Einzelnenplar 80 M. (1 M. bisher beim „Korr.“). Da die Post von dem Abonnementbetrag ihre Gebühren in Höhe von etwa 85 P. vorweg erhebt, so wären in Wirklichkeit trotz der prozentual hoch erscheinenden Bezugspreissteigerung im vierten Quartal nur 406 275 M. an Abonnementgeldern zu buchen, wenn man 55 000 Mittelabonnenten und 3500 andre annimmt (genaue Feststellungen darüber sind zur Zeit noch nicht vorhanden). Die ebenfalls in ziemlichem Maße erhöhten Anzeigengebühren werden es im vierten Quartal auf eine Einnahme von 107 638 M. bringen lassen, so daß auf der Einnahmeseite im vierten Quartal 513 913 M. stehen würden. Für Papier können aber unter Zugrundelegung des Novemberpreises 585 000 M. im vierten Quartal in Betracht. Es jedoch die hohe die Preissteigerung bei Papiers im Dezember diese Berechnung stellt über den Käufer stellt, kann man annehmen, daß der Papierpreis für den „Korr.“ sich nicht zu weit von 10 Mill. M. bewegen wird. Satz, Druck usw. werden etwa 7 Mill. M. erfordern, so daß allein die Ausgaben für Papier und Druckerhaltung die Einnahmen eines Vierteljahres um mehr als 15 Mill. M. übersteigen werden.

Wenn nun der Vorstandsvorstand im Einverständnis mit uns den Bezugspreis auf 75 M. im ersten Vierteljahre 1923 festsetzt, was für unre Mitglieder nur ein Abonnementsgeld von 15 M. belagt, wozu freilich das von der Post neu eingeführte Beleggeld im Betrage von 13,50 M. vierteljährlich kommen kann (bei Selbstabholung von der Post entfällt es), so ist das recht wenig in Anbetracht der schon aufgemachten hauptsächlich von Herstellungskosten. Der „Typograph“ mit nur 13 Nummern im Vierteljahre hat seinen Bezugspreis jetzt auf 150 M. erhöht. Obwohl wir für billige Preisberechnung für die gestiegene Kost sind, erscheint uns die finanzielle Anspannung der Organisation für den „Korr.“ doch zu stark. Wenn man aus dem nachfolgenden Artikel der Papierbarone weitere Absichten vernimmt, dann wird sich die Ansicht aufdrängen, daß vierteljährliche Festlegung des Bezugspreises für den „Korr.“ nicht mehr möglich sein wird.

60 Jahre hat der „Korr.“ binnen ganz kurzem zurückgelegt, nie aber ist für ihn die Zeit so schwer gewesen als gegenwärtig, wo das ausgelegene und ausgewucherle Deutschland am Boden liegt. Möchten alle unre Abonnenten das von ihnen verlangte Opfer noch als wohl erwäglich betrachten gegenüber dem, was täglich oder stündlich sonst das Leben von ihnen erfordert.

und Zahlungsbedingungen. Auf 100 kg müssen nicht weniger als 44 479,50 M. an Aufschlägen bezahlt werden; vorbehalten bleiben neue Erhöhungen, sobald die Kohlen und Frachten steigen. Als neue Zahlungsbedingungen wurden von den Fabrikanten — angeblich verursacht durch die Verschärfung der Zahlungsbedingungen der Zellstoffabriken — folgende festgelegt: „Bare Kasse innerhalb sieben Tagen nach Abgang der Ware, was im allgemeinen gleichbedeutend mit dem Rechnungstag ist. Bei Überschreitung dieser Frist werden für Verzugszinsen die üblichen Bankläufe für Kreditgewährung (Zinsen, Provision, Unkosten) berechnet. Außerdem hat der Käufer bei jeder Überschreitung des Zieles für eine verminderte Kaufkraft des Rechnungsbetrags aufzukommen. Diese Minderung wird durch Vergleich des amtlichen Goldzollauslasses vom Tage des tatsächlichen Geldeinganges mit dem Goldzollauslass, der am Tage der Fälligkeit galt, festgestellt. Ein niedrigerer Goldzollauslass am Tage des Geldeinganges gegenüber dem Fälligkeitstage hat keine Ermäßigung des Rechnungsbetrags zur Folge.“ Vom Kaufmannsdeutsch übertragen in die Sprache des einfachen Mannes besagen diese Zahlungsbedingungen praktisch folgendes: Wird die Frist von sieben Tagen nicht eingehalten — was häufig vorkommen wird, weil es sich dabei um Millionenbeträge handelt —, dann tritt ein weiterer Aufschlag von 25 Prozen hinzu, also für 100 kg nochmals etwa 9000 M. Außerdem hat der Käufer des Papiers das Valutarisiko allein auf sich zu nehmen. Grn niedrig ist jedoch der Goldzollauslass, so ermäßigt sich der Rechnungsbetrag nicht, der Käufer hat also, was vorübergehenden Verbesserung des Marktwertes besteht Vorteil. Dieser stellt vielmehr den Valutawucherern zu Auf solch rigorose Weise wird vom Großkapital der Fortbestand der nichtkapitalistischen Zeitungen, in erster Linie der Arbeiterpresse, untergraben und in vielen Fällen direkt unmöglich gemacht. Und was das bedauerlichste an der Sache ist, die Reichsregierung hält ihre schließliche Hand über den Papierpreiswucher, denn vom Reichswirtschaftsministerium wurde die Verschärfung der Verkaufsbedingungen genehmigt. Vielleicht deshalb, weil man sich in führenden Kreisen der Tatkasse bewußt ist, daß der Holzwucher der Staatsforsten an der Preistreibeerei auf dem Papiermarkt die Grundursache bildet. Neuerdings stellt sich sogar das aus dem Auslande bezogene Holz billiger als das in den heimischen Forsten geschlagene!

Alles sieht danach aus, als ob namentlich die unabhängigen Pressorgane, unter ihnen die Gewerkschaftspresse, vom Großkapital erbarmungslos abgewürgt werden sollen. Durch die wahnwitzige Herauskrabung der Papierpreise soll insbesondere der Arbeiterpresse das weitere Erscheinen außerordentlich erschwert bzw. unmöglich gemacht werden. Es braucht nur der Name Stinnes als Beherrscher fast der gesamten Zellstofffabrikation genannt zu werden, und der wirtschaftliche Zusammenhang ist ohne weiteres klar. Zahlreiche Zeitungsbetriebe unterstehen bereits seiner Vormächtigkeit in jeder Beziehung. Mit ihrer Hilfe sucht Stinnes auf die öffentliche Meinung und die Regierung einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Die Arbeiterpresse ist ihm und andern kapitalistischen Scharfmachern schon längst ein Dorn im Auge. Ihr soll es vor allen Dingen an den Kräfte geben. Um die Arbeiterorganisationen wieder auszuschalten aus dem Kreise der selbstständig mitbauenden und aufbauenden Kräfte im Staatsleben, will man ihre Presse verbrennen, Aufklärung über die bestehenden Zustände zu verbreiten. Zumal die Gewerkschaftsorgane bilden unter den heutigen Verhältnissen, wo an eine mündliche Agitation bald nicht mehr gedacht werden kann, fast die einzigen Bindeglieder unter den Mitgliedern. Ist es erst zur Erdrosselung der gestrigen Vorkämpfer der Arbeiterklasse gekommen, dann wird sich naturgemäß auch der Zusammenhalt innerhalb der Organisationen allmählich lockern, und die Gewerkschaften würden zur Bedeutungslosigkeit im Wirtschaftsleben verurteilt sein. Daß dieses von den industriellen Scharfmachern erstrebte Ziel nie und nimmer erreicht wird, liegt im wohlverstandenen Interesse aller Hand- und Kopfarbeiter.

forderungen an den Geldbeutel stellen. In den gegenwärtigen schlimmen Zeiten hat eben das heilsame Wort von Suppenkocht mit Knädelgründen erhöhte Bedeutung. Das hinduzierte Großkapital benutzt mit Vorliebe solche Zeiten, um in jeder Beziehung aus Ganze zu geben. Es soll in diesem Zusammenhange lediglich von der kapitalistischen Preistreibeerei auf dem Papiermarkt die Rede sein. Vom Papierkongress ist nämlich für die Monate Dezember, Januar und Februar eine Steigerung von je 100 Prozen des Papierpreises angekündigt worden. Infolgedessen kostet seit dem 1. Dezember bereits das *Sillo* Zeitungspapier 445 M. oder ein Wagon = 10000 kg 4450000 M. Einem unerschämteren Raubzug hat noch keine Industriellen-gruppe auf die Taschen des Volkes unternommen als die Papier- und Zellstoffabrikanten. Mit dem angeführten Dezemberpreise für Zeitungsdrukpapier steht dieser nach Abzug aller Rückvergütungen über dem Zweitaufendfachen der Vorkriegszeit! Dazu kommen noch drückende Preis-

Die gewerkschaftliche und politische Presse der Arbeiterkassen muß unbedingt, koste es, was es wolle, als bestes Mittel im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung erhalten bleiben. Bei der Bekämpfung der kulturfeindlichen, gewissenlosen Papierpreistreiber muß gerade sie laut und vernünftig ihre Stimme erheben und auf die kleineren Bewegungskreise der Kapitalgewaltigen aufmerksam machen. Damit jene ihr Ziel nicht erreichen, heißt es Opfer bringen. Für den DGB, aber und für die Arbeitervertreter in den Parlamenten erwächst aus der bedrohlichen Situation, in der sich gegenwärtig die unabhängige Presse befindet, die Verpflichtung, immer von neuem an die Staatsgewalt zu appellieren, damit sie mit Hilfe ihrer Machtmittel die wirtschaftlich Schwächeren schützt vor der wilden Profligkeit des Großkapitals. Nur die Zwangsenteignung leistungsfähiger Papier- und Zellulosefabriken unter Zugrundelegung eines normalen Kaufpreises ohne Wuchergewinn vermag Abhilfe zu schaffen. Im übrigen müßte das Reich die Festlegung der Papierholzpreise auf ein vernünftiges Maß und die Verschlagnahme des von den Fabriken seit Jahren zu billigen Preisen aufgekauften Papierholzes als seine dringlichste Aufgabe betrachten. Wenn gewarnt werden soll, bis die Schwindsucht der Presse in das galoppierende Stadium eintritt, dann wird aller Liebe Mühe umsonst sein, dann wird lediglich die kleine, aber mächtige Zahl von Großkapitalisten um Sinnes zu lenken über das Geschehen ihrer Schmach, aber gelächelt und schlaun aufgesetzten Irrfährten und Ausbeutung des deutschen Volkes. Das gilt es in letzter Stunde mit allen Mitteln zu verhindern!

Zur Frage einer Handwerkerpartei

In Nr. 138 hat der Kollege Adolf Klein (München) einen Appell an die Handwerker gerichtet, der in seinem Tenor auf die Gründung einer Handwerkerpartei hinausläuft. Der Münchner Kollege ist uns seit mehr als zwei Jahrzehnten bekannt dafür, daß er die Interessen der Organisationsbildung fördert; er hat als Schöpfer der für den Verband Erklärungen seit vielen Jahren Amt und Würden inne. Daß er an der Starb die Handwerkerpartei zu seinem Stern erhoben hat, war an der Elbe noch nicht als seine Bestimmung zu erkennen. Hier kommt aber hauptsächlich in Frage, wie Kollege Klein die Sache aufsieht, und wie die Dinge in Wirklichkeit liegen.

Wir halten es zunächst nicht für richtig, daß der Münchner Kollege die beiden Verbandsvorsitzenden mit Misstrauen gegen eine Handwerkerpartei herausstellt und darauf dann zeigt, daß man an maßgebender Stelle aus der Vergangenheit keine Lehren ziehen will. Herr Kollege, Selbst ihm doch aus jahrelanger Zusammenarbeit als ein Organisationsführer bekannt sein, der sich gegen berechtigtes und zweckmäßiges Neues durchaus nicht verschließt, der vielmehr dem Gesetze der Beharrung das Ersfordernis lebensvoller Entwicklung gegenüberstellt. Von dem Kollegen Kraus kann auch niemand behaupten, daß ihm die Worte „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“ als Leitsatz dienen; er bringt schon durch sein jüngeres Semelster den Drang mit, nach neuen Pfaden zu spähen. Wenn also beide Verbandsvorsitzenden, und von der Organisationsleitung sicherlich nicht sie allein, trotz Münchener Verbandstag von der Handwerkerpartei eine abgelehnte Meinung haben, dann hat das eben den bekannten Saken.

Es ist doch bezeichnend, daß Kollege Klein selbst Verminderung zum Ausdruck bringt über den Widerspruch zwischen dem vorherigen stürmischen Verlangen nach Aufhebung des Kölner Verbots von 1908 und dann der sehr geringen Aufwendung aus dessen Fallensassen in Nürnberg 1920. In München und Würzburg hat man ja erst in diesem Jahr eine Handwerkerpartei gegründet. Ganzig ist gefolgt. In Berlin steht Kollege Klein demnach eine Handwerkerpartei entgegen, was aber nach unserer genaueren Kenntnis der Verhältnisse nicht zutreffend ist, denn dort besteht nicht einmal eine Handwerkerkommission, und für den weiteren Schritt, ein „festes Gefüge“ für die Handwerker zu schaffen, nimmt die Neigung eher ab als zu. Leipzig erhält ob der ausgezeichneten Tätigkeit seiner Handwerkerkommission von dem Münchner Kollegen eine sehr gute Note. Daß auch in Weiche-Alben, von wo aus im Jahre 1908 dieser Klein ins Rollen kam, eine geschlossene Vereinigung der Handwerker noch nicht besteht, das hat einen andern Grund als den von Klein angenommenen (weil in Leipzig der Gauvorstand für die durch die Handwerkerkommission entstehenden Kosten aufkommt).

Die Dinge im ganzen Verbandsgebiet liegen vielmehr so: Der Kölner Beschluß bedeutete in seiner Starrheit eine Zurückweisung für die Handwerker. Seine allerdings erst spät Beseitigung hat das Verständnis für die nun gegebene größere Bewegungsfreiheit zu gereizt, daß die Bildung einer Handwerkerpartei richtigerweise unter den Gesichtswinkel eines für den Verband sehr willkommenden organisatorischen Experiments gefaßt und folgermaßen die Handwerkerpartei fast allenthalben nicht als Selbstfordernd angesehen wird.

Ausdrucksgebend dafür ist freilich auch, wie die Diskussionen in den örtlichen Versammlungen, auf den Verbandstagen und in Briefwechseln für den „Norr.“ es die 14 Jahre lang deutlich erkennen lassen, daß von den in den Sparten vereinigten Spezialgruppen nicht Sonderforderungen aufgestellt und Sonderberechtigungen in einem Maße verlangt werden, durch die namentlich die materielle Lage der etwa 65 Proz. Handwerker beeinträchtigt

erfahren würden. Das ist stets ungewollt zum Ausdruck gekommen.

Man kann also sagen: Die Frage der Handwerkerpartei hat zum Barometer ihrer Weltanschauung oder ihres Ruhezustandes das Verhalten der bestehenden fünf Sparten als das Einfließen in die Gemeinlichkeit der Interessen als organisierte Buchdrucker allgemein ein gutes, dann macht auf der alten Seite um die Handwerkerpartei nicht wieder auf. Überlegen wird allerdings vielfach, daß die Frage einer Handwerkerpartei zunächst eine Angelegenheit war, die von den Berechnern ausging, wofür Gründe vorlagen. Das Berechnen ist jedoch immer mehr der Vergangenheit anheimgefallen, das Interesse an einer Handwerkerpartei nimmt auch schon deshalb nicht an Umfang zu.

Bekanntlich wurde auf dem Verbandstag in Köln 1908 ein Hochgericht über die Sparten gehalten, wozu eine Exkursion von ihnen Veranlassung gab. Es wurde dem Verbandsvorstand Zulässig- und Einspruchsrecht in weitem Maße zuerkannt. Der Auszug einer Differenz mit dem Gau Leipzig wegen Veranlassung einer besonderen Handwerkerparlamentierung in einer reinen Berechnungsfrage stand daher von vornherein unter einem ungünstigen Zeichen für Leipzig. Eine Kommentierung des Tarisamts über das Umbrecheln faßte dort große Erregung hervorgerufen. Der Gauvorstand ließ nun durch einen Beistütz- und ohne jede Umdeutung, daß er selbst dahinter stehe, eine Protestversammlung der Handwerker gegen diesen Tarisamtsentscheid einberufen. Es fanden damals noch 1600 Leipziger Kollegen im wissenschaftlichen Werkhof als Berechner; man konnte also schon glauben, daß der Fall (Serabrechung des Umbrecheldes auf 50 Proz.) in Leipzig große Welen gezogen habe. Der Verbandsvorsitzende Böhm und der Leipziger Gauvorstand Engelbrecht verfolgten mit Schärfe den einander entgegenstehenden Standpunkt der Verbandsleitung und des Gauvorstandes Leipzig. Engelbrecht erklärte ausdrücklich: „Die Absicht hat uns völlig ferngelegen, eine Handwerkerpartei zu gründen.“ Die Leipziger können also auch jetzt nicht als die Väter einer Spezialorganisation der Handwerker reklamiert werden. Sie verlangten damals nur das Recht, auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse (Berechnen im ausgedehnten Maße) Spezialangelegenheiten der Handwerker gegebenenfalls in Spezialversammlungen behandeln zu können. Weil daran die übrigen Kollegen nicht so interessiert sind, und weil man in diesem Fall ausgesprochenem Maße die gesamte Kollegenchaft gar nicht zu einer Stellungnahme gegen das Tarisamt heranziehen wollte, hielt man in Leipzig den eingeschlagenen Weg für richtig. Wie die Malchenmeister, die Malchenleger usw. in ihren Spartenversammlungen ohne Befehligung der übrigen Verbandsmitglieder über ihre speziellen Angelegenheiten beraten können, so sollten im erforderlichen Fall auch die Handwerker das Recht dazu haben. Man hat damals schon gesagt, wenn der Leipziger Gauvorstand offiziell die Sache in die Hand genommen und nicht in dem Verbandsamtsleiter des „Norr.“ einen für den Verbandsvorstand und die Öffentlichkeit ganz unbekanntem Kollegen einladen gelassen hätte, dann würde in Köln die Sache doch wohl anders beurteilt worden sein. So aber, auch durch das Verbot solcher Anzeigen im „Norr.“ und der Berichterstattung über solche Versammlungen durch den Verbandsvorstand, war die Differenz gleich auf die Spitze getrieben. Von der Verbandsleitung wurde mit allem Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß einzelne Mitglieder kein Recht zur Einberufung von Versammlungen haben. In Berlin waren zwei oder drei Mitglieder oder schon einmal wegen solcher Sachen ausgeschlossen worden. Handwerkertragen spielten allerdings dabei keine Rolle. Daß der Verbandsvorstand aus dem Leipziger Vorgang auch bald eine Handwerkerpartei entstehen sah, kam offen zum Ausdruck. Deshalb war das Wort vom „Nichtigkeitsrat des Verbandes“, das nicht auch noch der Spartenbildung anheimgefallen dürfte, mehrmals von Vorstandssitzungen zu hören. Böhm ging schließlich über die Verteidigung der Leipziger, daß sie sich mit dieser Versammlung keine Übergriffe zu schulden kommen ließen, und daß man den Handwerkern für ihre eigenen Angelegenheiten doch ein gewisses Recht lassen müsse, hinweg und formulierte für die Generalversammlung die Entschuldigungsfrage so, ob auch das Gros der Kollegenchaft berechtigt sein soll, sich als Sparte zu organisieren. Nach Vertagung der Angelegenheit bis zum fünften Sitzungstage wurde sie dann glatt im vereinigenden Sinn erledigt.

So hat in Köln 1908 die Frage einer Handwerkerpartei ihren recht kritischen Ausgangspunkt genommen. Wenn Leipzig beim Verbandsvorstand nicht so schlecht angetrieben gewesen wäre — eine traditionelle, nicht ohne Verlehen des Leipzigers gekommene Entschädigung — und Berlin nicht zuvor Eigenmächtigkeiten mit Einberufung von Versammlungen geübt hätte, dann würde die Verbandsleitung wohl nicht gleich einen kleinen Staatsstreich befohlen und alle Geschäfte dagegen aufgelassen haben. Leipzig aber hatte recht unglücklich operiert mit dem Vorherrschen des einen Kollegen als Veranlasser. Da die schwüle Spartenatmosphäre in Köln obendrein schwer einen Weg auf mittlerer Linie finden ließ, so war mit der scharfen Ablehnung irgendwelcher Bewegungsfreiheit für die Handwerker für die ferneren Generalversammlungen und die dazwischen liegenden Zeiten Zündstoff genug gegeben. Im Schlussartikel wird dieser Clappengang mit geschildert werden.

Die Stabilisierung des Lohnes

Vor kurzer Zeit brachte der „Norr.“ eine kleine Übersicht, wie an Hand des Dollars unser Lohn immer weniger und weniger geworden ist. Nach dem augenblicklichen

Stande des Dollars (Ende November), der sich mit unserm Novemberminimum fast deckte, haben also 1000 Papiermark ungefähr 50 Pf. Friedenswert. Wir bekamen demnach im November, ein Dollar gemein (nach dem bekanntlich auch unsere Nahrungsmittel und andre Bedarfsgegenstände gemein werden), einen Lohn von ungefähr 4 Pf. in Friedenszeit. Daß man bei diesem geringen Lohne nur Klagelieder hört, ist allzu begreiflich. Von diesem Jammerlohn gehen noch 10 Proz. an direkten Steuern ab, das wären 40 Pf. die Woche. Bei diesem ungenügenden direkten Steuern, mehr als eine Billion Kriegs- und andre Schulden liegen und Deutschlands Aufbau vollbringen zu wollen, ist wohl eine Unmöglichkeit. Eine weitere Unmöglichkeit bleibt es auch, bei solch geringem Verdienste der Arbeiter und der Angestellten dies durch indirekte Steuern zu erreichen.

Wie aber verbessern wir unsere Lage? Untersuchen wir zuvor die Verhältnisse, wie sie augenblicklich liegen. Das politische Moment schaffe hier aus. Nur eines wäre zu erwägen, das ist das Verlangen, die Mark zu stabilisieren. Ist das geschehen, dann glaubt man auch dem Lohn eine bessere und festere Form geben zu können. Warum aber sind die Kapitalisten Gegner der Stabilisierung? Wir wissen alle, daß sich das Unternehmertum vor einem geschäftlichen Rückschlag fürchtet. Um dem vorzubeugen, versucht jeder Unternehmer soviel als möglich Devisen — ob Dollar, Schweizer Franken, holländische Kronen, holländische Gulden, spanische Peseta usw. — zu ihm gleich — an sich zu bringen. Er sagt sich: Dem deutschen Weide fehlt der Halt, der ihn vor einem eventuellen Rückschlag retten könnte. Die niedrigen Löhne — und fast nur diese — brachten ihm große Gewinne, so daß es ihm ein leichtes war, große Reserven zurückzulegen. Wenn gesagt wird, diese Devisen wären nur zum Einkauf von Rohmaterialien aus dem Ausland da, so kommt das erst in letzter Linie. Daß nun diese Kapitalisten an der Niederhaltung der Devisen kein Interesse haben, ist leicht begreiflich, denn sie haben dadurch einen direkten Schaden.

Geduldig und gleichgültig dagegen nehmen die Arbeiter und Angestellten Monat für Monat das Resultat entgegen, das ihnen ihre Vertreter vor den Lohnverbänden bringen. Mit großen politischen Reden pflegen diese Abmachungen entgegengenommen zu werden. Aber meist, ehe die Empfänger ihre Zulage erhalten, selbstverständlich über vier Wochen sich erstreckend, ist die Mark schon wieder so entwertet, daß der Arbeiter wieder vor einem Nichts steht.

Wie aber ist es möglich, daß wir zur Geländung unserer Lage kommen können? Da die Stabilisierung der Mark in weite Ferne gerückt ist, sich aber bei unserm vielen Papiergeld aller Welt nicht aufzwingen läßt (vergessen wir nicht, daß das Geld Zahlungsmittel ist), so gibt es nur ein Mittel, das sich ja unsere Nahrungsmittel usw. (Materialien ebenfalls zur Rücksicht nehmen: unsere Ware — das ist die Ware Arbeitskraft) in der Welt der leistungsfähigen Währung, also nach Dollar, zu verlangen. Der Dollar wird erreicht durch das Mittel zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wertaufstande des vorhergehenden Monats.

Ja, wird man entgegen, das ist unmöglich! Vor allem werden die Unternehmer nicht mitemachen! Die Preise werden ungeheuer steigen! Unre Ausfuhr wird sofort aufhören! Eine Unmenge Arbeitslose wird die Folge sein! In Deutschland gibt es keine Dollars! Und was dergleichen mehr ist. Nur gemacht! Gewiß ist dieses und vielleicht noch andres dabei zu berücksichtigen. Aber dies alles ist möglich.

Um unre Ausfuhr nicht zu gefährden, ist es vor allen Dingen unmöglich, jetzt gleich den Friedenslohn — das waren 8-10 Dollar — verlangen zu wollen. Zu Anfang könnte der Mindestlohn eines gelernten Arbeiters oder Angestellten nicht höher als 4 Dollar sein. Jeden weiteren Monat ist ein Drittel Dollar auszubessern. Geben die Nahrungsmittelpreise über den Weltmarktpreis hinaus, entsprechend höhere Zulagen. Mieweil der Lohn dann auszubessern wäre, richtet sich ganz nach den jeweiligen Verhältnissen.

Daß wir die Unternehmer als Gegner haben werden, ist wohl möglich; doch vermute ich, daß es auch unter ihnen fortschrittlich denkende Menschen gibt, denen an einer festeren Form der Entlohnung ebenfalls liegt wie dem Arbeiter und Angestellten. Daß der unnatürliche Gewinn etwas nachläßt, das ist schon richtig, aber sie empfinden die Verhältnisse ebenso ungesund wie wir — und sie zu heilen, liegt auch in ihrem Interesse.

Man kann hier gewissermaßen auch von einem gleichenden Lohne reden. Der Vorteil wäre jedenfalls der, daß nicht jeden Monat neue kostspielige Verhandlungen stattzufinden bräuchten.

Mit der Befestigung des Lohnes wird sich aber eine andre gute Seite einstellen: die geschäftliche Disposition, daß wir dann mit der Zeit an den Weltmarktpreis herankommen, daran zweifle ich nicht, aber: so gut wie wir Waren aus dem Ausland brauchen, so sicher werden unre Waren wieder im Ausland Abnehmer finden. Müssen wir nicht jetzt schon viele Sachen, z. B. Mehl, Kleider, Schuhe und so vieles andre, zum oder gar schon über dem Weltmarktpreis bezahlen? Wie wenig entlastet vom Weltmarktpreis sind sämtliche Nahrungsmittel? Wie gesagt, unser billiger Lohn wird noch auf lange Zeit die Ausfuhr sichern. Soviel steht jedenfalls fest, daß sich mit einer Stabilisierung des Lohnes auch die allgemeine wirtschaftliche Lage heben und bessern wird. Denn hat der Arbeiter einen auskömmlichen Lohn, so profitieren alle, der Staat sowohl in einer höheren Steuereinnahme als auch der Geschäftsmann. Daß solche des festen Lohnes auch die Waren einen festeren Preis erhalten, ist

wohl licher. Dies könnte uns wohl auch von der Seuche, dem „Schieberlum“, helfen.

Kommen wir allmählich zu einer entsprechenden Erhöhung des Lohnes, so habe ich auch nicht die Befürchtung einer großen Arbeitslosigkeit. Um gleich ein Beispiel anzugeben: den Buchhandel. Infolge der schwankenden Höhe in Lohn, Papier usw. werden einfach viele Arbeiter nicht in Angriff genommen, weil die Bücher, deren Verkauf sich auf Jahre erstreckt, zu teuer angefertigt werden könnten. Der Buchhändler geht einfach durch Nichtverlegen der Bücher aus dem Wege. Kommen wir aber zu seiner Entlohnung, so kann der Buchhändler disponieren und wird sowohl eine Neuauflage der Schulbücher als auch andere Bücher wieder verlegen. Unter den Arbeitern werden sich dann auch wieder Ungelieferte und Arbeiter finden, denen dies sehr einfach unmöglich ist. Die Produktion würde sich also heben. Sie ist ein feines Adierwerk, bei dem ein Rad in das andere greift.

Nach einiges über die „Goldwährung“, die viele für das Richtige halten. Dasselbe wäre ja schließlich dem Dollar vorzuziehen. Aber die Sache hat einen Haken. Unre Reichsbank zahlte für ein Zwanzigmarkstück in Gold Ende November 23500 M. Ein öffentliches Gehörnis ist es aber, daß nach dem Dollarkurs (3250 am 30. November), die 20 M. = 40000 Papiermark Wert hatten und so auch auf unsern Brühl und dessen Umgebung gehandelt wurden. Also unser Gold ist augenblicklich nicht einmal so wert als der Dollar. Die Schuld liegt wohl nur auf Seiten der Reichsbank, was auch die Ursache von der Schacherel von Gold, Silber usw. ist, die ins Große geht und bei dem die Armeisten der Armen wieder Haare lassen müssen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß es noch viele geben wird, die unsere glende Lage bessern wollen. Der Probleme gibt es auch viele. Für alle Welt gilt jetzt der Dollar als die festeste Basis im Geldverkehr. Auf, halten auch wir an ihm fest. Sollte er ins Schwanken kommen, so werden sich immer noch Mittel und Wege finden lassen.

Bescheidenen sich alle Unterhändler bei Lohnverhandlungen den Dollar und seine geringen monatlichen Zulagen als Grundlage zu nehmen, wird ferner durch die Befestigung der Stabilisierung des Lohnes ein größerer Nachdruck verleben, so ist wohl zu erwarten, daß im Anfang ein größerer Notenumlauf stattfinden wird. Aber nur zu bald wird wahrzunehmen sein, daß sich nicht nur die Lage des Arbeiters und Angestellten bessert, sondern daß auch die wirtschaftliche Lage des Staates einer Gesundung entgegengeht. Wenn trägt nicht die große Masse — leider ist es so — doch das Staatsgebäude?

Leipzig.

Karl Gottbardt.

Goldmark, Papiermark und Lohn

Es zeigt sich jetzt wieder die Tatsache, daß eine neue Ära oder eine neue Ansicht sich sehr schnell ausbreitet, wenn sie einmal erkannt ist. Gewöhnlich aber kommt die Erkenntnis zu spät, denn die Allgemeinheit erfährt eine Gefahr nicht von weitem, sondern merkt sie erst dann, wenn es sie an sich selbst fühlt. Eine Warnung zur rechten Zeit verhallt ungehört. Sie wird von keiner Behörde beachtet, vor keiner Zeitung aufgenommen. Jetzt ist der Unterschied zwischen Goldmark und Papiermark endlich erwidert worden, und daß die Arbeiter trotz der großen Lohnzahlen weniger verdienen als vor der Kriegszeit.

Im Frühjahr 1921 habe ich bereits in einer Eingabe an das sächsische Finanzministerium auf den sich damals entwickelnden Unterschied zwischen Goldmark und Papiermark hingewiesen, ohne jedoch von dieser Eingabe jemals wieder das geringste zu merken. Es werden auch die letzten Löhne nach der alten Goldwährung oder auch nach dem Dollarkurs berechnet, und in dem Auftrage „Wohin des Weges?“ (Nr. 137) wird mit Recht gefragt: Wo bleiben die lebenden 65000 M.? Da die von der Regierung eingesetzten Wirtschaftskommissionen, Prüfungsstellen und wie sie sonst noch heißen mögen, ihre ganze Zeit anscheinend damit verbrauchen müssen, um interessante Lebenshaltungs- und Verbrauchsstattistiken anzufertigen und am Ende eine Steuerung festzustellen, die gemäß jedermaun auch ohne amtliche Bestätigung mehr empfindet, als ihm lieb ist, so soll hier versucht werden, eine Antwort auf die erwähnte Frage zu geben.

Diese laute kurz zusammengefaßt: die 65000 M. sind vernichtet und verwirbelt worden und können jetzt auf keine Weise herbeigebracht werden. Vor dem Kriege war in Deutschland ein ansehnliches Nationalvermögen vorhanden, nicht nur das Geld, sondern auch alle sonstigen Gegenstände bestanden aus hochwertigen Rohstoffen. Viele hatten diese wertvollen Werte dem Staat und der Allgemeinheit geliehen gegen Schuldscheine, die in Form von Staatspapieren, Sparkassenbüchern und ähnlichem ausgegeben wurden. Mit der Beschlagnahme und dem Einziehen des Geldes bei Kriegsbeginn ging die Vernichtung an, und der erste, der diesen verhängnisvollen Weg ging, war und befristet hat, war der Großindustrielle Emil Rathenau. Die Beschlagnahme artete mehr und mehr zu einer Räuberei aus, und es war schließlich nichts mehr davon verblieben. Der hierbei erlittene Teil des Nationalvermögens wurde im Kriege vernichtet. Gleichzeitig machten die Fabriken der Kriegsindustrie — und das waren ziemlich alle — erst vorrätig, dann immer unerschöpfter ihre Kriegsgewinne, und als dieses die Müllungen Arbeiter merkten, wurden sie durch für die damalige Zeit sehr hohe Löhne bestrebt. Dann kam die Revolution. Die noch vorhandenen, auch für Friedenszwecke verwendbaren Kriegsmaterialien wurden — angeblich auf Befehl der Entente — vernichtet, der Staat hatte sie aber alle bezahlt. Dies war wieder Vernichtung eines Teiles des Volksvermögens. Es folgten der unheilvollste Herbst, der

gemacht werden konnte, die unbegrenzte Ausgabe von Papiergeld, um die den Arbeitern gemachten Versprechen einzulösen. Infolge der hierdurch bedingten Geldentwertung wurden die Forderungen derer vernichtet, die ihr Vermögen der Allgemeinheit geliehen hatten, und mit dem damit frei werdenden Teile des Nationalvermögens sollten die Arbeiter reich und die Fabrikanen noch reicher gemacht werden. Die Arbeiter freilich erhielten nur immer wertloser werdendes Papiergeld, die wirkliche Werte wurden und werden noch jetzt ins Ausland veräußert. Aber die Ausuhr wird als unumgänglich notwendig eingestuft und allem Anscheine nach wird auch hier die wahre Erkenntnis zu spät kommen. Die Vermögen der Ailementen, ebenso die durch die niedergelassenen Meilen frei gewordenen Summen sind auf diese Weise verbraucht worden. Jetzt sind die Käufer an der Reihe, die ebenfalls fast wertlos geworden sind; vielleicht werden sie nächstens von der Inflation gekauft, dann trotz der Wohnungsnot abgerissen und die Materialien im Auslande verfahren.

Woll nun das Nationalvermögen zu Ende geht, die Industrie aber neue Werte für das Ausland braucht, so versucht sie die Arbeitskraft hierfür zu benutzen, deshalb wird eine längere Arbeitszeit als Untervermittlung hingestellt. Gleichzeitig haben sich die Händler mit dem Dollar befreundet und veruchen die Lebensmittelpreise dem unverhältnismäßig hohen Spekulationskurs des Dollars anzupassen. Über 1050 Papiermark sollte der Dollar auch jetzt nicht steigen dürfen.

Was sollen nun die Arbeiter machen? Die Regierung wird jedenfalls wünschen, daß sie in der bisherigen Weise Lohnverbesserungen fordern sollen, denn dies schadet den Industriegehaltigen nicht, der Regierung kostet es nichts und den Arbeitern nichts oder nichts. Für die Notenpresse ist es gleichgültig, ob sie auf dasselbe Papier mit derselben Farbe einen Kropf oder einige Nullen mehr druckt. Von bloßen Lohnforderungen ist demnach keine Besserung zu erwarten. Wirklich Erfolg versprechende Forderungen scheitern aber am Widerstand der davon betroffenen Interessengruppen. Gegen die Einstellung des Papiergeldes drückt sich die Regierung, weil sie von den daraus sich ergebenden Folgen Anruhen befürchtet. Die Industrie möchte die Verschleuderung der Werte in das Ausland nicht nur beibehalten, sondern noch vergrößern, denn sie hat den Nutzen davon, und sie macht auf die drohende Arbeitslosigkeit aufmerksam, die dann eintritt wird. Gegen eine Krabachung der Handels- und der Verkaufspreise auf eine nach dem noch vorhandenen Nationalvermögen berechnete Höhe lauten die Händler und Bucherer Sturm. Was würden nun die Arbeiter sagen, wenn der Lohn mit Rücksicht auf das Nationalvermögen auf eine Summe festgelegt würde, die wenigstens dem Verhältnis in der Vorkriegszeit entspricht? Auch die meisten Forderungen, die durch die vielen falschen Meldungen und Fehrlösungen schon längst das Vertrauen der Leser verloren haben, könnten von ihrem falschen Wege nicht abgeben, weil es die Parteien nicht wollen von denen die abhängig sind. In allen diesen Zuständen wird freiwillig keine Veränderung eintreten, sondern das Verhältnis wird seinen Lauf nehmen, und alle diejenigen, welche jetzt noch verhältnismäßig geringe Annehmlichkeiten verdienen wollen, werden später, durch das unaufhaltsam fortschreitende Weltgeschehen gezwungen, die schlimmen Folgen der jetzigen Wirtschaft tragen müssen.

Was den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital betrifft, so ist dieser aussichtsloser als je. Die Arbeiter haben sich durch die hohen Papiergeldzahlen in die Falle locken lassen und sitzen darin fest. Mögen sie an dem Gitter rütteln, soviel sie wollen, die Industriegehaltigen, Wucherer und sonstigen Zuläufer lachen darüber. Diese haben sich durch die Warenverschleuderung Kapitalien und Erfindungsmöglichkeiten im Auslande geschaffen, sie gehen jetzt daran, auch Industrieanlagen im Ausland einzurichten, während ihre deutschen Anlagen bis auf den letzten Rest abgeschriebeu und aus ihrer Wirtschaftsrechnung verschwunden sind. Sollte es den Arbeitern gelingen, die Fesseln zu sprengen, so werden die Gedrückten bei der ersten drohenden Gefahr in das Ausland verschwinden, dort ihr gewohntes Leben forsleben und in Deutschland die Arbeiter toben lassen.

Chemnitz.

H. K.

Correspondenzen

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 30. November.) Tagesordnung: 1. Berichtserstattung von der Tarifausschubung; 2. Beklaffung über den Antrag der Arbeitslosen: „Alle vollarbeitenden Kollegen zahlen von der nächsten Woche ab einen weiteren Entlohnungsbeitrag von 50 M. pro Woche zugunsten der Arbeitslosen“; 3. Forderung der Beiträge. An Stelle des infolge der Tarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium verhinderten Kollegen Massin berichtete Kollege Braun über die Lohnverhandlungen im Tarifausschub. Er schilderte den Gang der Verhandlungen in großen Zügen und betonte hierbei, daß die Art derselben immer die gleiche sei: ein gegenläufiges Bemühen, sich davon zu überzeugen, daß die wirtschaftliche Lage nicht zu ertragen sei. Das einzige Erreichte war, daß eine Eingung schließlich doch erzielt wurde und der Gang zum Reichsarbeitsministerium erspart blieb. Kollege Braun gab das Resultat bekannt (siehe „Arb.“ Nr. 140). Abgehend zu den Lohnverhältnissen der Maschinenlehrer, die in den letzten Jahren eine gewaltige Lohnreduktion über sich ergehen lassen mußten und denen eine neue Zulage von 100 M. für Berlin) jetzt zugesprochen wurde, behandelte Redner

die Neuregulierung bei den Berechnern sowie die Bezahlung der Monatsentlohnungen. Eine für Berlin geforderte Sonderzulage ist leider abgelehnt worden. Dagegen erhielt Hamburg als die nach der Statistik feuerste Stadt einmalig einen in vier Raten zu zahlenden Betrag von 2000 Mark. Weiter kam Redner auf die zu Grabe getragene Periode der Tarifgemeinschaft zu sprechen, die einen Zeitraum von 28 Jahren umfasse. Ob bei der Neugestaltung der Dinge es anders und besser werde, müßte erst die Zukunft lehren. Sei das jetzt erzielte Resultat auch ungenügend, kämen wir auch noch lange nicht in die Verhältnisse der Vorkriegszeit hinein, so hätten die Geschlechter unterhändler angeht die drohende Lage im Gewerbe nach reichlicher Überlegung dem Abkommen dennoch zugestimmt und er würde dies auch von der Berliner Kollegenschaft. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt. Kollege Albrecht konstatierte also die verlangte Zustimmung. Zu Punkt 2 und 3 referierte Kollege Schieffler. Er präzisierte zunächst den grundsätzlichen Standpunkt der Organisation bezüglich des Unterstützungswesens, besonte die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Bestandserhaltung der Gauklasse, die nicht allen an sie gestellten Anforderungen nachzukommen vermöge und wies auf die Gefahr hin, die für den Gau entstehen durch eine übergroße Befassung der Mitglieder durch fortgesetzte Erhöhung der Beiträge, zumal die Sturzarbeit sich in immer schärferen Formen auspräge. In allererster Linie sei es Aufgabe des Staates, sich der Arbeitslosen als Eltern des Wirtschaftslebens anzunehmen und deren Erhaltungsmöglichkeit zu sichern; die Organisation könne nur mildern eingreifen, und in dieser Beziehung werde das Mögliche getan. Trostlos mache sich die Heraushebung des Betrags auf 330 M. pro Woche notwendig. Dieser Beitrag gelte auch für die nicht vollarbeitenden Kollegen. Nur unter dieser Voraussetzung könne den Wünschen der Arbeitslosen entsprochen werden. Um einem weiteren Punkte nach einer Weihnachtsspende für die Arbeitslosen zu entsprechen, nahm die Generalversammlung den Antrag an. In der zweiten Dezemberwoche einen Entlohnungsbeitrag von 100 M. pro Mitglied zu erheben und akzeptierte im übrigen den Vorschlag des Gauvorsitzenden. An der Diskussion in mehr oder weniger zustimmendem Sinne beteiligten sich die Kollegen Albrecht, Brackmann, Poggendorf, Wolf und Greter. Kollege Pohl, der lange Jahre in der Schweiz gearbeitet, nahm auf den dortigen Buchdruckerstreik Bezug und eruchte unter Zustimmung der Versammlung um die moralische Unterstützung der deutschen Kollegen. Kollege Albrecht legte sich im gleichen Sinne ein und erweiterte diese Unterstützung auch auf die Kollegen in Schweden. Auf Wunsch der Versammlung schickte Kollege Albrecht des weiteren die Entschließung und den Verlauf des Konflikts bei der Firma Gumbel & Co., die ihr Personal ausgesperrt hat infolge des Verlusts der dort beschäftigten Maschinenmeister, die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag abzumehren, da nach ihrer Auffassung die Notwendigkeit hierzu nicht gegeben war.

Rundschau

Befragung des Buchdruckerstreiks in der Schweiz? Wie der Berliner „Vorwärts“ auf Grund einer Mitteilung des Schweizerischen Arbeitsamts zu melden wußte, haben in den letzten Tagen zwischen dem Schweizerischen Buchdruckerverein und dem Typographenbunde Verhandlungen stattgefunden, die mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines Präliminarabkommens endeten. Danach ist der Kampf einzustellen und die Arbeit am Montag, 11. Dezember, wieder aufzunehmen. Das vorläufige Abkommen sieht Bestimmungen vor über Arbeitszeit, Forderungserhöhung usw. Eingehende Verhandlungen sollen am 11. Dezember beginnen. Bis zum Abschlusse dieser Nummer lagen uns noch keine direkten Nachrichten aus der Schweiz vor.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe. Wiederholt haben wir berichtet über die Bemühungen unres Verbandsvorstandes wegen Ausdehnung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung für Buchdrucker. Diese Bemühungen sind beinahe erfolgreich gewesen. Gleichzeitig wurde in verschiedenen Eingaben des Verbandsvorstandes an das Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß es im Hinblick auf die ständig wachsende Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe notwendig sei, daß Reichs-, Landes- und Gaubehörden angewiesen würden, nach Möglichkeit Druckschreibtrüge zu vergeben, damit Arbeitsgelegenheit geschafft wird. In einem neuerlich eingegangenen Schreiben an den Verbandsvorstand teilte der Reichsarbeitsminister mit, daß er sämtlichen Reichsministerien sowie den Regierungen der Länder Kenntnis gegeben habe von den Eingaben. Insbesondere sei von ihm hingewiesen worden auf die Notwendigkeit möglichst umfangreicher Erteilung von Druckaufträgen.

Die Abstimmung im Saargebiet über den Grauphischen Industrieverband. Nachträglich ist nun auch aus dieser Verbandsnotiz das Ergebnis eingehend worden. Von 314 abgegebenen Stimmen sind 5 unguiltig. Für den Industrieverband erklärten sich 140, dagegen 169 Mitglieder. Das Gesamtergebnis im Verband ist demnach: gegen 35 135, für 21 523.

Die Kupferschmiede gegen eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Trotzdem die diesjährige Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede mit Zweidrittelmehrheit den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband empfahl und der Verbandsvorstand

wie „Der Kupferstecher“ berichtet, „sich mit Wärme und innerer Überzeugung dafür eingesetzt hatte“, wurde von den Mitgliedern des Kupferstecherverbandes in einer Urabstimmung die Verleumdung mit harter Mehrheit abgelehnt. Bereits auf Grund des vorläufigen Ergebnisses konnte festgestellt werden, daß von 5204 abgegebenen Stimmen 1425 für und 3704 gegen eine Verleumdung lauten. 75 Stimmen sind unglücklich. In einem Artikel „Was nun?“ irrt „Der Kupferstecher“ für den Ausbau und die Festigung des Verbandes ein. „Zunächst muß dieser Streit sein — so heißt es am Schlusse des Artikels — begraben sein. Freunde und Gegner des Anschlusses haben sich zusammenschlossen, um die Einheit der Organisation aufrechtzuerhalten. Nur eine im Willen einige, zu jedem Opfer bereit Kollegenchaft wird den Stürmen der Zeit trotzen können.“

Aussstellung der Steuerbücher. Nach dem Einkommensteuergesetz hat sich jeder Arbeitnehmer vor Beginn eines jeden Kalenderjahres von der Gemeindebehörde seines Wohnortes ein Steuerbuch ausstellen zu lassen. Bis zum 15. Dezember sollen sich die Steuerbücher im Besitze der Steuerpflichtigen befinden. Die Zustellung der Bücher wird in den weitaus meisten Fällen von Amts wegen erfolgen, wo dies jedoch nicht geschieht, hat auch der Arbeitnehmer dafür zu sorgen, daß es rechtzeitig in seinen Besitze gelangt. Die Gemeindebehörden sind übrigens verpflichtet, die Art der Zustellung bekanntzugeben. Es dürfte sich empfehlen, die Eintragungen im Steuerbuch sofort nachzuprüfen. Etwaige Unrichtigkeiten hat die Gemeindebehörde richtigzustellen. Für die Ermäßigungen, die im Jahre 1923 beim Steuerabgabe zu berücksichtigen sind, ist der Familienstand am 24. Oktober 1922 maßgebend. Veränderungen im Familienstande, die nach dem 24. Oktober 1922 bis zum Ablauf des ersten Vierteljahres eintreten, werden nur dann berücksichtigt, wenn die Zahl der zur Haushaltsgemeinschaft des Arbeitnehmers zählenden minderjährigen Kinder und der von ihm unterhaltenen mittellosen Angehörigen um wenigstens zwei größer wird. Nach dem 1. April 1923 werden auch diese Änderungen für das

Jahr 1923 nicht mehr berücksichtigt. Die Anträge sind an die Gemeindebehörde zu richten; handelt es sich hierbei aber um mittellose Angehörige, sind sie dem für den Wohnort des Steuerpflichtigen zuständigen Finanzamte zu unterbreiten. An die Finanzämter sind auch alle Anträge auf Berücksichtigung von Ansprüchen auf Ermäßigung des Steuerabgabs bei Unterhaltserhöhung an einzelne mittellose Angehörige sowie bei höheren Werbungskosten zu richten. Anträge dieser Art sind möglichst vor Ablauf des Jahres 1922, spätestens aber bis zum 31. Januar 1923 zu stellen.

Verschiedene Eingänge

- „**Typographische Mitteilungen.**“ Zeitschrift des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Heft 11, Dezember 1922. Das vorliegende Heft der multimedialen Zeitschrift ist wieder alles in allem eine Glasspiegelung in sachlicher wie künstlerischer Beziehung. Zur Ehre sämtlicher Mitarbeiter ist dies ausdrücklich festzustellen. Durch die Post vierteljährlich 90 M., direkt oder durch den Buchhandel 110 M. portofrei. Einzelheft 50 M. Geschäftsstelle: Leipzig, Salomonstraße 8.
- „**Jungbuchdrucker.**“ Fachschrift für die Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker. Nr. 14. 1. Dezember 1922. Diese Nummer ist wieder hervorragend in gewerkchaftspolitischer Beziehung. Sie übertrifft durch ihren köpfigen Inhalt den Gemeindefachmann in den Herzen aller künftigen Kollegen und ist auch im übrigen geeignet, erzählerisch und artistisch für ihr ganzes Leben zu wirken. Vom 1. Januar 1923 an kostet der „Jungbuchdrucker“ vierteljährlich 60 M. Mitglieder der Lehrlingsabteilung erhalten das Blatt auch weiter umsonst. Geschäftsstelle: Leipzig, Salomonstraße 8.
- „**Die Glocke.**“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Varous. Nr. 31 bis 34. 3. Jahrgang. Preis 25 M. Verlag für Sozialpolitik, G. m. b. H., Berlin SW 68.
- „**Kritisches Kulturmagazin und Tugendrepublik.**“ Von Carlo Mierendorff. Das Schriftchen kennzeichnet das Treiben deutschösterreichischer und deutschnationaler Kreise gegen die Republik. Preis 10 M. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
- „**Internationales Arbeitsamt.**“ Zusammenstellung der Maßnahmen zur Durchführung der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommensvorsätze und Vorschläge. Genf, März 1922. Deutsche Geschäftsstelle: W. Schliche, Berlin NW 40, Schornhorststraße 35.

Briefkasten

S. H. in Z: Findet photographische Aufnahme, denn Aufschwüngen haben ja zweierlei Deutung. Warum aber so lang? Die Umlangberührung des „A.“ ist doch männlich bekannt, und wenn ich nicht lieber danach richtet, dann beruhen die „Gekürzten“ — A. in Z: Wird aufgenommen; ein wenig länger wäre aber besser gewesen. — W. M. in S: Ja, mit der Länge ist es noch erträglich. — A. G. in D: Ihre Besuche vermissen wir gern. — G. B. in D: Bezüglich unlangereiche Berichte liegen im umgekehrten Verhältnisse zur Zahl der dort vorhandenen Mitglieder und zum verfügbaren Räume. — G. v. B. in B: In weiterem: Besten Dank für ausführliche Informationen und freundl. Gruß. — G. H. in Br: 120 M. — M. S. in A: 225 M.

◻◻◻ **Verbandsnachrichten** ◻◻◻

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 511.
Sprechere: Arnd Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Berlin. Das Buch des Ehrensches Müller aus Badepapier (603 Unger) ist angelich in Stellfelden vorer zu gelangen, Auslieferung eines neuen Buches wird in Ingari beantragt.

Gau Mittelheim. Wir leben unter Mitglieder und Kassierer davon in Kenntnis, daß der Gaubeitrag ab 1. Januar 1923 während 10 20 M. beträgt. — Ferner bitten wir die Kassierer dringend, nicht benötigte Gelder stets unserm Volksschatzkonto zu überweisen. — Der Gang der Tarifberatungen gestaltet sich ebenfalls nicht die Abhaltung der geplanten Lohnsicherheitskonferenz nach vor Weinachten. Ob unter diesen Umständen über aufg und wann diese stattfinden kann, wird den Bezirksvorsitzenden dann mitgeteilt.

Gau Rheinland-Westfalen. Da die Firma H. A. Reismann in Neuh a. Rhein den Tarif nicht anerkennen hat, dürfen dort Verbandsmitglieder nicht in Konflikt treten.

Berammungskalender
Berlin. Maschinenbauerverammlung Donnerstag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubbau“, Dymstraße 2.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands

Aktion, Schriftgießer! Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind in allen Fällen Grundungen beim Vorliegenden der Zentralkommission, S. Flachmann, Berlin SW 29, Zollener Straße 15, einzuholen.

Lern Russisch!

Die starke Nachfrage der Kollegenschaft nach einem wirklich praktischen Lehrbuche veranlaßt den Verlag des Bildungsverbandes, gemeinlich mit der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands das siebenle Bändchen der „Buchdrucker-Fachbücher“ zu klassifizieren:

Russisches Hilfsbuch
zum Gebrauch für Schriftsetzer, Korrektoren und verwandte Berufe
Bearbeitet von A. Wernekinde, Dragoman, A. D.
Das Sprachliche, die neue vereinfachte Rechtschreibung ist leicht verständlich; alle im Buche vorkommenden Wörter enthält ein umfangreiches Verzeichnis in deutscher Übersetzung. Das russische Alphabet (Druckschrift, Schreibschrift, Kursh, Aussprache und Benennung, Schriftstellereinstellung, Kalligraphie und Typographie, Tabellen) gefallt das Buch interessant.

80 Seiten Text, weißes Papier, mattgrauer Umschlag, Format 14,5:22
Brochiert 500 Mark; Porto 12 Mark

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.
Leipzig, Salomonstraße 8 — Postfachkonto 534 30

Jeder Kollege sollte den Buchdrucker-Kalender 1923 besitzen. Preis geb. 150 Mark

Neu erschienen
aus der Serie Unterrichtsbriefe für Buchdrucker
Druckerbrief Nr. 21
„Der Farben-Bilderdruck“
von Karl Tietzschach.

Der aus folgenden Artikeln:
Der Farbenbilderdruck — Papiervorbereitung — Vorbereitung der Form — Die Einrichtung der Maschine — Die Zurechtung und der Anbruch — Die Aufgabe der Farben — Die Abgabe der Bilderdruck — Der Farbdruck — Der Doppelbanddruck — Der Broyedruck — Der Nachdruck — Der Ganzdruck — Das Druckerfächern der Farben — und mehrere Bildtafeln bestehende Inhalt zeichnet sich in besonderer Weise durch die den Unterrichtsbriefen eigene gründliche Erhellung und knappe, verständliche Vermittlung des Stoffes aus. Grundpreis 50 Pf. mal Feuerungsnummer 400, zuzüglich Porto und Verpackung.

Den Druckerbrief Nr. 21 muß jeder vorwärtsstrebende Buchdrucker besitzen. Da die Auflage bald vergriffen ist, empfiehlt sich sofortige Bestellung beim

Verlag Julius Näfer, Leipzig-A.,
Postfachkonto 6621 Censelstraße 13/17
(Verfand gegen Nachnahme oder gegen Vorausbezahlung.)

Der Lichtige wartet nicht

bis ihm eine gute Stellung angeboten wird, er bahnt sich seinen Weg selbst. Und wenn Sie auf diesem Weg einen erfahrenen Führer zur Seite haben, so werden Sie immer Ihr Ziel erreichen. Ein solcher Führer ist der mit ungemein weitem „Gedächtnisumfang“ von Hans Utop verbundene Lehrgang zur Erlangung des Willens, zur Erlangung der Sinne und zur Erreichung und Verwirklichung der geistigen Fähigkeiten. Der Lehrgang erzieht zum selbständigen, klaren Menschen; er zeigt, wie man jede Sache anfangen und durchführen muß, um zum Erfolg zu gelangen. Verlangen Sie heute noch unsere ausführlichen Prospekt G. S. Die Zulassung erfolgt vollständig kostenlos und ohne Verbindlichkeit für Sie. Langenscheidtsche Verlagshandlung (Prof. Dr. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30. (Gegr. 1856.)

Maschinenlebervereinigung Rheinland-Westfalens
(Sitz Köln.)

Am Sonntag, dem 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Bochum, im Restaurant „Zum Köhler“, Alleeplatz 26, 10 Minuten vom Hauptbahnhof:

Gauversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsliches, Ausnahmen und Ausschluß. 2. Kassenbericht. 3. Der neue Tarif. 4. Technisches: Die „Interim“ bei Krupp. 5. Verschiedenes.

Die Vertretung aller Bezirke erwartet
Nachmittags 3 Uhr: Besichtigung der Versuchsanstalt in Bochum, Der Vorstand.

Wir suchen
durchaus tüchtigen Akzidenzsetzer, der sich über seine Fähigkeiten im auszuweisen vermag. Dem Bewerber vorgeschrieben sind Vorkenntnisse beizubringen. Bruch & Dieb, Geschäftsbücherfabrik, Ulstana.

Obermaschinenmeister

für größere Drucker Dresden sofort gesucht. Derselbe muß tüchtiger Illustrationsdrucker und guter Maschinenkennner sein sowie das ihm unterstellte Personal geschickt und nutzbringend anzuweisen verstehen.

Nur nachweislich gutempfohlene Herren wollen ausführliche Angebote einreichen unter S. A. 50 Hauptpostlagerend Dresden.

Gewissenhafter, Maschinenmeister
perfekter, erster
der mehrjährige Gehilfenpraxis in besserer Werkdruckerlei nachweisen kann, firm in Werch, Platten- und

Illustrationsdruck

ill. zur Bedienung einer großen Frankehauser Schnellpresse gesucht. Reflexanten werden um Angabe der Probedruckerei und Referenzen von Gelehrten der Firmen gebeten. Für verheiratete Herren wird, wenn Tauchwohnung vorhanden, Untergewährung gewährt. Bewerber unter 24 Jahren finden keine Berücksichtigung. Gottfr. Päß, Raumburg a. d. S.

Erstklassige Farben- und Illustrationsdrucker
in gutbezahlte Stellung sofort gesucht. Angaben über Alter und bisherige Tätigkeit erbeten an W. Cremwell, Dortmund.

Tüchtiger Dinstypesetzer
29 Jahre alt, achtjährige Praxis, korrekter Setzer und guter Maschinenkennner, in zeitiger Stellung 4 1/2 Jahre als Altsinger tätig, wünscht sich zu verändern, auch als Erster oder Altsinger. S. H.emann, Belgij (Mark), Hellfalleweg.

Junger, fleißiger Maschinenmeister
firm im Illustrations-, Werch- und Akzidenzdruck, wünscht sich zu verändern. A. Schuchart, Belgij (Mark), Al. Wintenburger Straße 8.

Maschinenmeister
tüchtig im Akzidenz-, Werch- und Platten- und Druck, mit „Rotary“ vertraut, sucht für sofort oder später dauernde Stellung. Einzelwohnt. Vestf. Angebote an C. Rohse, Chemnitz i. Sa., Altsingener Straße 18.

Saal wohnt! Schriftsetzer
der Herrn D. H. seine Behrheit bezeichnen hat, sucht Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich in seinem Fach weiter auszubilden. (Englische Sprachkenntnisse vorhanden.) Vestf. Offerten unter B. R. 552 an die Geschäftsstelle D. H., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Saal wohnt! Schriftsetzer
(Schwede), bewandert in allen Gattungen, wünscht sofort Stellung, eventuell als Maler oder andere Beschäftigung in Druckerlei, Hamburg oder Bremen bevorzugt. Vestf. Angebote unter Nr. 556 an die Geschäftsstelle D. H., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Gesangverein „Gutenberg“ Leipzig
Dienstag, den 12. Dezember, 7 Uhr: Generalprobe zu den Konzerten in Zwischau und Altenburg. Alle Sänger müssen pünktlich erscheinen.

Die Meisterprüfung im Buchdrucker
wird von H. B. Luth, 120 Mh. postfrei durch St. Siegl, München 8.

Auscheiden! Weitergeben!

Tüchtiger, erbsreudiger, junger **Schweizerdegen**

in allen vor kommenden Arbeiten bewandert, korrekt und selbständig arbeitend sowie mit Compilationskenntnis vertraut, wünscht sich zum 1. Januar eventuell früher zu verändern. Ich erbitte sofortige Angebote an H. H. de Sülmer, Seltigart, Seldachstraße 20 I.

Auscheiden! Weitergeben!

Unterrichtsbriefe — vollständig englisch, komplett, gebraucht, eventuell auch Wörterbuch zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an H. H. de Sülmer, Seltigart, Seldachstraße 20 I.

Am 3. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager an Nierenleiden unser lieber Kollege, der Gelehrte **Cosmos Seiffert** im Alter von 57 Jahren. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Breslau.

Am 3. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager unser wertvolles Mitglied, der Gelehrte **Cosmos Seiffert** im Alter von 57 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen auch fernerhin ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Breslau, 5. Dezember 1922. Verein „Gutenberg“.

Am 6. Dezember verstarb nach 242-tägigem Leiden an Darmkreislau unser werter Kollege, der Gelehrte **Karl Franz** aus Mittelthornbrunnau, im Alter von 66 Jahren. Ehre seinem Andenken! Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 6. Dezember verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Gelehrte **Johann Karl Franz** im 66. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Frankfurter-Sozialistendruckerei